

INTERGLOBAL

KOLUMBIEN

Sprengstoff im Geländewagen

David Graaff

Die kolumbianische Guerilla ELN hat sich in einem Kommuniqué zu einem Bombenanschlag auf eine Polizeischule in Bogotá mit mehr als 20 Toten bekannt. Der rechtskonservative Präsident Iván Duque hat die Friedensgespräche mit der Guerilla beendet.

Ein Selbstmordanschlag war es wohl nicht, den die kolumbianische Guerilla ELN am 17. Januar auf eine Polizeischule in der Hauptstadt Bogotá verübte. Wahrscheinlich, so vermuten Ermittler und Beobachter, sei etwas schiefgelaufen, als der mit 80 Kilogramm Sprengstoff beladene Geländewagen explodierte und den Fahrer, einen mutmaßlichen Milizionär, sowie 21 meist junge Kadetten tötete. Nur wenige Stunden benötigten die Ermittlungsbehörden, um sich auf den ELN als Urheber festzulegen, und noch bevor es ein offizielles Bekennterschreiben gab, erklärte Präsident Iván Duque die Friedensgespräche mit der Organisation für beendet.

Diese hatten 2015 noch unter der Vorgängerregierung von Juan Manuel Santos begonnen, waren allerdings, abgesehen von einem hunderttägigen Waffenstillstand Ende 2017, kaum vorangekommen. Seit Duques Amtsübernahme im August hatte es zumindest offiziell keine Kontakte zur Verhandlungsdelegation des ELN

mehr gegeben, die in Havanna wartete. Duque setzte die Haftbefehle gegen die Mitglieder der Delegation wieder in Kraft und bat am Donnerstag vergangener Woche die sogenannte internationale Gemeinschaft erneut darum, Kolumbien bei der Ergreifung der via Interpol gesuchten Guerilleros zu unterstützen. Mitglieder der Führungsriege werden im benachbarten Venezuela vermutet. Duque forderte zudem die kubanische Regierung auf, die Mitglieder der Verhandlungsdelegation festzunehmen und auszuliefern – ein diplomatischer Affront gegen den „Garantiestaat“ Kuba, der wie beispielsweise auch Norwegen als neutraler Vermittler zwischen den Konfliktparteien fungieren soll.

In der Vereinbarung zu den Friedensgesprächen sind Protokolle enthalten, die die sichere Rückkehr der Delegierten nach Kolumbien innerhalb von 15 Tagen garantieren. Duque sieht sich jedoch nicht an diese Vereinbarungen gebunden. Die Forderung nach der Auslieferung wurde bislang nicht erfüllt und international unter anderem von der deutschen Regierung kritisiert. Michael Roth, Staatsminister im dortigen Auswärtigen Amt, sagte auf Anfrage der Linkspartei, die kolumbianische Regierung drohe damit, einen negativen Präzedenzfall für künftige Friedensprozesse zu schaffen.

Präsident Duque begründet den Abbruch der Verhandlungen mit der anhaltenden Gewalt durch den ELN. Alles, was man bei der Evaluierung der Gespräche vorgefunden habe, seien „Verbrechen und Verwüstung, die sich in 111 Morden und 400 terroristischen Akten und einer Unmenge von Entführungen geäußert haben“.

Vertreter sozialer Bewegungen befürchten nun eine weitere Verschärfung ihrer ohnehin kritischen Situation.

Der ELN betrachtet die Fortsetzung der Kämpfe, die Anschläge auf Erdölpipelines und die Gefangennahme von am Konflikt beteiligten Soldaten und Polizisten hingegen als vom Kriegsrecht gedeckt. In den ersten Tagen nach dem Anschlag gab es Zweifel an den recht schnell vorgelegten Ermittlungsergebnissen; angesichts der Antiterror-Rhetorik des Präsidenten und der rechten und ohnehin den Friedensgesprächen skeptisch gegenüberstehenden Regierungspartei Centro Democrático stellten manche die Frage, wem die Anschläge am meisten nützen.

Nach der Veröffentlichung eines Kommuniqués des ELN herrscht nun jedoch Gewissheit. Darin betonte die nationale Führung das Recht auf „legitime Verteidigung“ gegen Angriffe auf ELN-Camps. „Die Kadettenschule der Polizei ist eine militärische Einrichtung: Dort erhalten Offiziere Anweisungen und Ausbildung, die später Spionage und Militäroperationen durchführen, aktiv an der Antiaufstandsbekämpfung teilnehmen und soziale Proteste wie Krieg behandeln.“ Bei der Aktion habe es kein einziges ziviles Opfer gegeben.

„Der ELN will mit dem Anschlag zeigen, dass die Gegenseite nicht willens ist, einen Frieden zu verhandeln. Denn für ihn existiert in Kolumbien nach wie vor ein ungelöster bewaffneter Konflikt“, sagt der Konfliktforscher Luis Eduardo Celis vom Think Tank „Redpropaz“ im Gespräch mit der woxx. Abgesehen davon aber, dass kaum jemand in Kolumbien ein solches Attentat gutheiße, verschließe die Guerilla mit ihrem Konfrontationskurs den Raum für zukünftige Verhandlungen, so Celis.

Verantwortlich für den schwersten Anschlag seit Jahren ist wahrscheinlich die Urbane Front des ELN, die in vorherigen Monaten bereits mehrfach Polizeistationen in Bogotá und der Hafenstadt Barranquilla mit Bomben attackierte. Die politischen Debatten

FOTO: EPA-EFE/MAURICIO DUENAS CASTANEDA



Nach einem Anschlag auf eine Polizeischule in der kolumbianischen Hauptstadt Bogota, bei dem 21 Auszubildende getötet wurden, erkundigen sich Angehörige nach den Opfern. Beobachtern zufolge deutet die Schwere des Anschlags auf die wachsende Schlagkraft des ELN hin.

über die Missstände in Kolumbien und den Konflikt in die Großstädte zu tragen, ist eine der Strategien, die der ELN auf seinem Nationalen Kongress 2006 festgelegt habe, berichtete die Organisation „Insight Crime“ unter Berufung auf interne Papiere. Ein Mitglied des ELN wollte dies auf Nachfrage der woxx weder bestätigen noch dementieren.

Über rund 2.000 Kämpfer und etwa 4.000 Milizionäre, die in zivilen Organisationen tätig und nicht unbedingt bewaffnet sind, verfügt die 1964 gegründete und nun letzte Rebellengruppe Kolumbiens. Den Beobachtern von „Insight Crime“ zufolge deutet die Schwere des Anschlags auf die wachsende Schlagkraft der Organisation hin, die seit der Demobilisierung der Guerilla Farc und im Wettbewerb mit paramilitärischen Organisationen ihre territoriale Kontrolle in einzelnen Regionen ausgebaut hat.

Nicht nur von dort, wo die Menschen oft am meisten unter den bewaffneten Auseinandersetzungen leiden, sondern auch aus der Zivilgesellschaft und der sogenannten internationalen Gemeinschaft kamen Aufrufe an den Präsidenten Duque, seine Entscheidung zu überdenken. Vertreter sozialer Bewegungen befürchten im Zuge der nun drohenden Intensivierung der Kämpfe eine weitere Verschärfung ihrer ohnehin kritischen

Situation. Statistisch gesehen wurde 2018 fast alle zwei Tage ein sozialer Aktivist ermordet, 4.000 stehen unter Polizeischutz.

Juan Houghton von der sozialen Dachorganisation „Congreso de los Pueblos“ sagte der woxx, das neue Kriegsszenario gegen den „inneren Feind“ werde mit einer Stigmatisierung und Verfolgung der politischen Linken und Aktivisten einhergehen, insbesondere im Hinblick auf die für Oktober geplanten Regionalwahlen. „Die Angst vor Massakern bleibt bestehen“, so Houghton.

„Den ELN militärisch zu besiegen, ist keine machbare Option“, sagt der Konfliktforscher Celis und betont, dass Verhandlungen der einzige, wenn auch hürdenreiche Weg seien, den bewaffneten Konflikt mit dem ELN zu beenden. Voraussetzung dafür sei jedoch eine Vertiefung der Demokratie. „Dazu aber ist die aktuelle Regierung nicht bereit. Sie verteidigt den Status quo.“

Eine Intensivierung der Kämpfe in den Konfliktregionen insbesondere an der Grenze zu Venezuela und an der Pazifikküste ist daher ebenso

absehbar wie eine Fortsetzung der Anschläge in den Städten. Anlässlich dessen erinnerte ein Kommentator der Tageszeitung „El Espectador“ an eine Aussage des ehemaligen Farc-Kommandanten Alfonso Cano. Dieser hatte nach dem Scheitern von Friedensgesprächen 1992 zum Unterhändler der Regierung gesagt: „Wir sehen uns nach den nächsten 10.000 Toten.“

David Graaff arbeitet als freier Journalist in Kolumbien und berichtet aus Medellín.

woxx@home

Zu Besuch in der Redaktion

In der woxx-Redaktion wehte diese Woche ein frischer Wind: Das Team bekam Besuch von Lena Flammang, einer Schülerin aus dem Lycée Ermesinde. Nach einem Schnupperpraktikum beim „Luxemburger Wort“ schaute die 16-Jährige nun den woxx-Journalist*innen und Layouter*innen eine Woche lang über die Schulter - und schrieb selbst einen Online-Beitrag zu luxemburgischer Literatur in der Schule, nachzulesen auf woxx.lu. Womit wir auch schon bei Lenas Leidenschaften wären: dem Schreiben und Lesen. Warum sie beides mag? „Literatur öffnet einem neue Welten“, sagt

Lena dazu. Sie hegt den Wunsch, Berufsjournalistin zu werden, nebenbei will sie Bücher schreiben. Das Praktikum bei der woxx hat sie in ihren Zukunftsplänen bestätigt. „Das Interessante an dem Beruf ist“, erklärt sie, „dass man mit ganz unterschiedlichen Leuten sprechen muss. Am Ende des Tages hat man immer das Gefühl, etwas Neues dazugelernt zu haben.“ Die Arbeit bei einer Wochenzeitung zieht sie dem Joballtag in der Tagespresse vor. „Ich finde, dass man bei einer Wochenzeitung weniger Druck und mehr Freiheiten hat“, so Lena. Bis es so weit ist, schreibt sie weiter für die Schüler*innenzeitung ihrer Schule und liest ihren Mitschüler*innen während „Ermesindes Märchenstunde“ aus Büchern vor.